

Nicht nur die Politiker zählen: einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf mit Hilfe der Central and Eastern Eurobarometer

Pickel, Gert; Pickel, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pickel, G., & Pickel, S. (1996). Nicht nur die Politiker zählen: einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf mit Hilfe der Central and Eastern Eurobarometer. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 38, 82-93. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-201089>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nicht nur die Politiker zählen - Einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf mit Hilfe der Central and Eastern Eurobarometer

von Gert Pickel und Susanne Pickel¹

Zusammenfassung:

Seit dem Umbruch in Osteuropa gilt die Aufmerksamkeit vieler Wissenschaftler der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Demokratien in dieser Region. Eine große Zahl an einschlägigen Publikationen unterstreicht dies. Bemerkenswerterweise existieren aber nur begrenzt empirische Vergleichsanalysen zur Situation und Entwicklung des Demokratisierungsprozesses in der Phase der Transformation. Insbesondere die Einstellungsstrukturen der Bevölkerung in den neuen Demokratien Osteuropas und ihre politische Unterstützungsbereitschaft werden nur in wenigen Forschungsprojekten näher behandelt. Daß es sich dabei nicht unbedingt um einen Mangel an vergleichendem Datenmaterial handelt, zeigt beispielsweise ein Blick auf die Central and Eastern Eurobarometer Reihe, welche zeitlich vergleichende Analysen zum Demokratisierungsprozeß in fast allen osteuropäischen Ländern zuläßt. Als Beispiel kann die für eine stabile Demokratie essentielle Bereitschaft der Bevölkerung, ihr politisches System zu unterstützen, anhand der politischen Legitimität (Demokratiezufriedenheit) und der Einschätzung der wirtschaftlichen Effektivität (Einschätzung der wirtschaftlichen Lage) dargestellt werden.

Abstract:

Since 1990, the beginning of the transition process in Eastern Europe, many scientists have taken into account the political and economical development in the new democracies. A large number of books and publications about this topic illustrate this. But, on the other

¹ **Gert Pickel** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle der Universität Bamberg, Feldkirchenstr. 21, D-96045 Bamberg. **Susanne Pickel** ist Promotionsstipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung, Laurenzistr. 7a, 96049 Bamberg.

hand, there exist only a few comparative empirical investigations of the situation and the development of the process of democratization during the transition period. Especially the attitude structures and the political support of the population in the „new democracies“ are investigated only in a small number of research projects. This is not a result of a lack of comparative data - the view at the „Central and Eastern Eurobarometer“ series illustrate this idea. These data provide the opportunity to take investigations in comparative research over time and over countries. The fundamental readiness of the citizen to support his/her „new“ political system, illustrated by the indicators of political legitimacy (satisfaction with democracy) and economical efficacy (expectation of the economical situation), is used as an example.

1. Einleitende Überlegungen

Eine seit 1989 ungebrochen aktuelle Diskussion betrifft die Entwicklung demokratischer Bestrebungen in Osteuropa. Die Bereitschaft der Bevölkerung, den ökonomischen, politischen und teilweise auch kulturellen Transformationsprozeß mit zu tragen, spielt dabei für die Stabilisierung der noch jungen Demokratien eine entscheidende Rolle. Nicht nur strukturelle Veränderungen, wie die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und die Einrichtung stabiler politischer Institutionen (vgl. **Merkel** et. al. 1996), sind von Interesse, sondern auch die spezifischen Einstellungen der Bevölkerung zu den Maßnahmen, aber auch dem Erscheinungsbild der neuen demokratischen Repräsentanten. Die zukünftige Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie in Osteuropa ist somit grundlegend abhängig von der Beurteilung und Akzeptanz der institutionalisierten demokratischen Prinzipien, die sich in Verhaltensweisen ihrer Bürger widerspiegeln. Um diese subjektive Komponente des Systemwechsels in Erfahrung zu bringen, sind fundierte empirische Vergleichsanalysen notwendig. Doch hier zeigt sich derzeit noch ein relativ großes Defizit: Es existieren bislang nur wenig gesicherte empirische Ergebnisse zum Demokratisierungsprozeß der Bevölkerung in Osteuropa, die eine systematisch vergleichende Betrachtungsweise verfolgen. Zu den wenigen Analysen zur politischen Unterstützung in den verschiedenen osteuropäischen Staaten zählen **Gerlich** et. al. (1993), **Plasser** und **Ullrich** (1993), **Seifert** und **Rose** (1994) und **Juchler** (1994),² die auf drei (unseres Wissens nach) allgemein verfügbaren Studien zur Betrachtung der Entwicklung politischer Einstellungen in Osteuropa zurückgreifen:

1) der „World Value Survey 1990“, mit der Einschränkung auf den Zeitpunkt 1990 für die osteuropäischen Staaten und partikularen Vergleichsmöglichkeiten (allerdings nur für Un-

² Während erstere sich durchweg auf das Datenmaterial des „Neuen Demokratienbarometers“ stützen, welches beim österreichischen Datenarchiv WISDOM zu beziehen ist und auf Umfragen der **Paul Lazarsfeld** Gesellschaft in den verschiedenen osteuropäischen Nationen beruhen, sind für **Juchler** (1994) die „Central and Eastern Eurobarometer“ die Grundlage. Sie sind zusammen mit dem „World Value Survey“ beim Zentralarchiv zu beziehen.

garn als einzige 1981 erfaßte osteuropäische Nation) zu der ersten „World Value Survey“ Erhebung 1981 (vgl. **Inglehart** 1990; **Mattusch** 1995).

2) das „*Neue Demokratienbarometer*“ (vgl. **Plasser** und **Ullrich** 1993; **Seifert** und **Rose** 1994) des GfK/Fessel-Institutes in Wien, welches jährlich die wirtschaftliche und politische Situation in einer seit 1992 steigenden Zahl osteuropäischer Staaten mißt.

3) die „*Central and Eastern Eurobarometer*“ der Europäischen Kommission (vgl. **Juchler** 1994; **Pickel** und **Pickel** 1995 1996) für die, ausgehend von den ostmitteleuropäischen Nationen seit 1990, ebenfalls Bürger in einer zunehmenden Zahl osteuropäischer Staaten bis 1994 befragt wurden.³

Gerade mit den letzten beiden genannten Survey-Reihen ist ein zeitlicher Vergleich für verschiedene Fragen und unterschiedliche Nationen möglich. Ziel der hier vorliegenden Betrachtungen soll entsprechend der Versuch sein, einen kurzen Einblick in die Möglichkeiten der inhaltlichen Arbeit mit dem „Central and Eastern Eurobarometer“ zu geben. Dafür ist es nützlich, die Datenlage und Stichprobengröße der Studie nach Jahr und Land kurz darzustellen. Um den Überblick über die mittlerweile große Vielfalt an osteuropäischen Nationen zu bewahren, bietet es sich an, sie inhaltlich sinnvoll zu gruppieren. Dabei rekurren wir auf eine bereits vorgestellte Einteilung (vgl. **Pickel** und **Pickel** 1995, S.6) osteuropäischer Nationen in vier Staatengruppen, welche über den einfachen Vergleich hinaus auch die Berücksichtigung historischer und kultureller Kontextbedingungen ermöglicht.⁴

Ein Vergleich der Bevölkerungseinstellungen zum Prozeß politische Unterstützung in verschiedenen osteuropäischen Staaten erscheint auf dieser Grundlage sinnvoll möglich. Die Darstellung der einzelnen Länder ermöglicht es dabei nicht nur jedem Betrachter, sich ein eigenes Bild zu erschließen, sondern trägt auch der trotzdem vorhandenen Variabilität in den Ländergruppen Rechnung.

³ Für eine kleinere Auswahl osteuropäischer Länder existieren weitere Querschnittsbefragungen, die selten in der Lage sind, die zeitliche Entwicklung des Transformationsprozesses abzubilden.

⁴ Für die Unterscheidung sind Faktoren, wie die momentanen Beziehungen zu Westeuropa und zur Europäischen Union sowie die historische Einbindung der Kulturkreise entscheidend. Auch der Verlauf des Umbruchs und die regionale Einpassung der Nationen finden dabei Berücksichtigung.

Tabelle 1: Stichprobengröße der Länder im „Central and Eastern Eurobarometer“⁵

	<i>Nation</i>	<i>1991</i>	<i>1992</i>	<i>1993</i>	<i>1994</i>
Baltische Staaten	Estland	999	1000	1011	1002
	Lettland	999	1000	992	1000
	Litauen	1000	1000	1020	1008
Ostmittel-europäische Staaten	Ungarn	987	1038	972	1018
	Tschechien	667	924	817	1062
	Slowakei	333	734	684	995
	Polen	1000	999	1004	1004
	Slowenien	-	1063	1000	1086
Südost-europäische Staaten	Bulgarien	989	1312	1198	1045
	Rumänien	1000	1000	1176	1281
	Mazedonien	-	1002	1097	1000
	Albanien	1000	1049	1054	1034
	Moldawien	-	1000	-	-
Post-sowjetische Staaten	Rußland	975	1000	1377	1000
	Weißrußland	-	1030	1143	1099
	Georgien	-	1038	-	1000
	Kasachstan	-	-	-	1000
	Ukraine	-	1400	1171	1200
	Armenien	-	918	1000	1000

Nicht ausgewiesene Zellen wurden zu diesem Zeitpunkt nicht erhoben.

2. Demokratisierung in verschiedenen osteuropäischen Staaten im Überblick

Als konzeptioneller Interpretationsrahmen für die Betrachtungen dienen die theoretischen Überlegungen von *Lipset* (1981) und *Easton* (1979). Maßgeblicher Inhalt dieser Gedanken ist die politische Unterstützung des politischen Systems. Die Beurteilung des politischen Systems, wie auch seiner Effektivität auf dem ökonomischen Sektor, sind, neben dem Vertrauen in die zentralen demokratischen Institutionen, für die Stabilität oder hier besser Stabilisierung der Demokratie in einer Nation von entscheidender Bedeutung (vgl. *Przeworski* 1991). Diese Überlegungen lassen sich unserer Ansicht nach, analog zu der Betrachtung Westeuropas (vgl. *Gabriel* 1993), auch auf die Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie in Osteuropa anwenden. Hier dürften der Theorie nach zwar zum aktuellen Zeitpunkt noch

⁵ Fehlende Werte wurden für die hier vorliegenden Präsentationen grundsätzlich für alle Datensätze ausgeschlossen. Die überwiegend auf Antwortverweigerungen beruhenden Ausfälle variierten dabei leicht zwischen verschiedenen Nationen.

keine besonders hohen Zustimmungswerte bestehen, es müßte sich aber eine positive Tendenz aus der demokratischen Erfahrung feststellen lassen. Allerdings kann nicht automatisch von einer unveränderten Übernahme und Akzeptanz der Demokratie westeuropäischer Prägung ausgegangen werden, sondern es sind auch alternative Entwicklungspfade möglich. Vorläufig erscheint es jedoch für die neuen Demokratien wichtiger, Rückschläge im Demokratisierungsprozeß zu berücksichtigen und zu hinterfragen, inwieweit diese zu einer Gefährdung der Demokratie insgesamt führen oder nur Ausdruck einer, für das demokratische politische System generell ungefährlichen, temporären politischen Unzufriedenheit sind.

Einen guten Hinweis auf die Entwicklung seit dem Umbruch gibt die Einschätzung der Demokratie, wie sie sich zum Zeitpunkt der Erhebung in den einzelnen Staaten präsentiert, und die Beurteilung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts.⁶ Der erste Indikator reflektiert eine Mischung aus Legitimität und Effektivität des politischen Systems, der zweite zielt indirekt auf die Einschätzung der (wirtschaftlichen) Effektivität des Systems. Selbst bei gewissen Einschränkungen in der Frageformulierung, bzw. der zu diskutierenden methodischen Frage des interkulturell vergleichbaren Verständnisses der Frageformulierungen, kann eine solche Betrachtung erste Auskünfte über die Situation und Entwicklung der politischen Unterstützung in Osteuropa geben.⁷

Die Betrachtung der aktuellen Beurteilung der Demokratie⁸ zu verschiedenen Zeitpunkten beleuchtet neben dem Stand der Zufriedenheit die Entwicklung dieser Bewertung über die Zeit hinweg, also den Prozeß der Stabilisierung der politischen Unterstützung und damit der Demokratie. Wirft man zuerst einen Blick auf das Niveau der Demokratiezufriedenheit⁹, so

⁶ Die Frageformulierungen lauten: Für die Zufriedenheit mit der Demokratie: „On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy is developing in (your country)?“ Für die später hauptsächlich verwendete Erwartung der zukünftigen finanziellen Situation des Haushalts: „And over the next 12 months, do you expect that the financial situation of your household will - get a lot better, get a little better, stay the same, get a little worse, get a lot worse?“ Die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation wurde hier über die Zukunftserwartungen des eigenen Haushalts abgebildet, weil der direkte Indikator zur wirtschaftlichen Lage des Landes nur in den Jahren 1991 und 1992 erhoben wurde.

⁷ Nicht angesprochen werden sollen hier die Probleme der Erhebungen in den einzelnen Ländern Osteuropas. Diese müssen allerdings bei der Interpretation der verfügbaren Daten in Rechnung gestellt werden. Eine Möglichkeit, Fehlinterpretationen auszuweichen, ist es, alternative Datensätze unabhängig voneinander auf verschiedene theoretisch verbundene Indikatoren zu prüfen, was hier aus Platzgründen nicht expliziert wurde.

⁸ Der Indikator Zufriedenheit mit der Demokratie, im theoretischen Konzept von *Lipset* (1981) generell als Indikator für politische Legitimität gedacht, ist oft kurzfristigen Schwankungen ausgesetzt. Insbesondere bei der Frageformulierung in den „Central and Eastern“ Eurobarometern (Beurteilung der Entwicklung Demokratie, wie sie sich derzeit präsentiert), muß von einem starken Einfluß der Effektivitätskomponente ausgegangen werden. Allerdings unterscheiden sich ihre Resultate kaum von alternativen Ergebnissen (vgl. *Plasser* und *Ulram* 1993; *Seifert* und *Rose* 1994).

⁹ Nicht kontinuierlich erhobene Nationen, wie Georgien, Kazachstan und Moldawien blieben bei den Darstellungen unberücksichtigt. Sie unterschieden sich im Stand der jeweiligen Indikatoren nicht von den anderen postsowjetischen Nationen und liefern keinen zusätzlichen Beitrag zu einer Deutung der Entwicklung, würden aber die Präsentation weiter komplizieren.

sieht man, daß in allen Nationen 1994 nur eine (mehr oder weniger) größere Minderheit der Bevölkerung zufrieden ist. Zwei Gruppen von osteuropäischen Nationen zeigen noch ein etwas moderateres Bild: einerseits die Westeuropa nahestehenden Staaten, wie Tschechien, Slowenien und die baltischen Nationen, andererseits die in Südosteuropa liegenden Staaten mit besonders schlechten ökonomischen Ausgangsbedingungen (Rumänien, Mazedonien, und Albanien). Bemerkenswerte Ausnahme sind hier in der Gruppe der südosteuropäischen Länder Bulgarien mit seinem Zustimmungswert von nur 4% und die eher geringen Zustimmungsraten in den ostmitteleuropäischen Staaten Slowakei und Ungarn. Konstant starke Ablehnung erfährt die momentane Demokratie in den postsowjetischen Staaten. Hier ist man derzeit am weitesten von der Konsolidierungsphase der Demokratie (vgl. *O'Donnell und Schmitter* 1991, *Huntington* 1991) entfernt. Weniger als ein Viertel der Bürger sind dort mit der aktuellen Gestaltung der Demokratie zum Zeitpunkt der letzten Erhebung zufrieden!

Tabelle 2: Demokratiezufriedenheit in Osteuropa seit 1991 (in %)

	1991	1992	1993	1994
Estland	26	30	41	36
Lettland	42	18	34	28
Litauen	62	52	38	33
Ungarn	34	24	21	25
Tschechien	36	42	50	45
Slowakei	19	24	21	18
Polen	33	34	44	27
Slowenien	-	50	37	35
Bulgarien	46	40	23	4
Rumänien	43	29	34	31
Mazedonien	-	38	47	36
Albanien	43	43	42	34
Rußland	18	13	17	8
Weißrußland	-	12	16	14
Ukraine	-	21	17	18
Armenien	-	14	6	9

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Central and Eastern Eurobarometer 2 bis 5 (1991 bis 1994); Prozentuale Anteile sind zusammengefaßte Kategorien „völlig oder relativ zufrieden mit der Demokratie, wie sie sich gegenwärtig präsentiert“ in einer Vier-Kategorienskala“.

Erste Unzufriedenheiten mit dem aktuellen Erscheinungsbild der Demokratie deuteten sich bereits mit der Entwicklung nach dem Umbruch 1991 an (*Seifert und Rose* 1994, S.27). Die baltischen Nationen (hier ohne Litauen) und die ostmitteleuropäischen Nationen (außer Un-

garn und Slowenien) haben sich von einer relativ schlechten Ausgangsposition 1991 erholt, 1993 ihre bisher besten Werte erreicht, um 1994 durchweg mehr oder weniger starke Rückschläge in dieser Einschätzung seitens der Bevölkerung hinnehmen zu müssen. Die aktive Teilnahme jetziger Regierungsmitglieder in den baltischen Staaten an der Ablösung von der ehemaligen Sowjetunion ist ein möglicher Grund für die dortige bessere Beurteilung der Demokratie (vgl. **Gerner** und **Hedlund** 1993). Kontinuierlich bergab ging es in Slowenien, Albanien und ganz besonders Bulgarien, wo von 1993 auf 1994 ein starker Einbruch in der Demokratiezufriedenheit stattfand. Die Bevölkerungen der mit hohen Erwartungen gestarteten Staaten Südosteuropas reagieren nun auf Frustrationen im Transformationsprozeß. Kontinuierlich unzufrieden mit ihrer Demokratie sind die Bürger der postsowjetischen Staaten, wobei in Rußland und Armenien sogar noch ein Abfall von diesem bereits niedrigem Niveau festzustellen ist. Seit 1991 hat maximal ein Fünftel der Bevölkerung in dieser Region zumindest eine gewisse Zufriedenheit geäußert.

Die in fast allen osteuropäischen Staaten herrschende relativ hohe Unzufriedenheit bedeutet nicht automatisch, daß eine Ablehnung der Demokratie an sich bzw. der Idee der Demokratie besteht (vgl. **Plasser** und **Ullrich** 1993), vielmehr zeigt sich eine schlechte Beurteilung des aktuellen Erscheinungsbildes der Demokratie und der Personen, welche diese derzeit vertreten. Bedenklich ist die auffällig niedrige diffus-spezifische politische Unterstützung¹⁰ in den postsowjetischen Nationen. In allen Nachfolgestaaten der UdSSR (abgesehen von den baltischen Staaten) sind, wie bereits dargestellt, nicht einmal ein Fünftel der Befragten mit der Demokratie in der Form, wie sie sich jetzt präsentiert, zufrieden. Hier kann sicherlich nicht von einer Stabilisierung oder gar Konsolidierung der Demokratie gesprochen werden. Auch ein Blick auf die Entwicklung ist aufschlußreich. In Nationen, welche auf diplomatischem Wege engeren Kontakt zu Westeuropa gefunden haben, ist ein Aufwärtstrend der politischen Unterstützung zu erkennen. Die besten Beispiele sind Estland und Tschechien, doch auch in Polen und Lettland, wenn auch mit einem späterem Timing, sind hier Fortschritte festzustellen. Da die Beurteilung und Legitimitätszuweisung für das politische System relativ eng mit der Beurteilung seiner Effektivität gekoppelt ist, lohnt sich auch die Betrachtung der Einstellungen zur Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation.¹¹

¹⁰ Diese Verwendung des Indikators „Demokratiezufriedenheit“ ist bei **Westle** (1989) dargelegt.

¹¹ Leider besteht aufgrund der Beschränkung der Erhebung des Indikators „Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage“ in den Befragungen 1991 und 1992 nicht die Chance, diese Komponente der (wirtschaftlichen) Effektivität des politischen Systems über die Zeit zu verfolgen. Allerdings ermöglicht die eng verbundene Fragestellung der Einschätzung der eigenen finanziellen Situation des Haushaltes, diese Entwicklung teilweise transparent zu machen. Auch hier bietet es sich an, die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung zu verwenden, da dies einen stärkeren Einfluß auf die subjektive Verarbeitung der Situation besitzt als eine rückwärtige Beurteilung. Die finanzielle Situation der Privathaushalte korrespondiert dabei 1991 und 1992, also in den Jahren, in denen beide Indikatoren erhoben wurden, relativ stark mit der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Einzig in Ungarn zeigt sich eine größere Differenz in der Beurteilung beider Bereiche. Bivariate Korrelationen zwischen beiden Variablen erbrachten Koeffizienten von Pearsons $r = .40$ für

Große Hoffnungen auf eine Verbesserung der eigenen finanziellen Situation besteht in der Bevölkerung der baltischen Nationen Estland und Lettland. Hier ist auch eine langsame positive Entwicklung der wirtschaftlichen Erwartungen feststellbar. Dies trifft mit der Einschränkung eines niedrigeren Niveaus auch auf Litauen zu. Litauen ist dabei ein besonderer Fall: Einerseits finden sich hier leichte Effekte des gemeinsamen politischen Auftretens der baltischen Region gegenüber dem Westen, andererseits existieren hier, anders als in Estland und Lettland, weitaus stärkere Verbindungen zur Situation in den restlichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die konstant sehr negative Beurteilung der eigenen finanziellen Situation in diesen Ländern (Rußland, Weißrußland, Ukraine können hier als Beleg dienen) zeigt diese Kongruenz recht eindrucksvoll. Uneinheitlicher ist die Situation in Ostmittel- und Südosteuropa.¹²

Tabelle 3: Einschätzung der Entwicklung der eigenen finanziellen Situation in den nächsten 12 Monaten in Osteuropa seit 1991 (Differenzindikator)

	1991	1992	1993	1994
Estland	-13	-14	+3	+10
Lettland	-26	-29	0	+1
Litauen	-17	-21	-23	-20
Ungarn	-21	-43	-33	-40
Tschechien	(-12)	-12	-5	-5
Slowakei	(-19)	-36	-21	-11
Polen	-18	-18	+3	-19
Slowenien	-	+26	+13	+19
Bulgarien	+13	+7	-29	-12
Rumänien	+15	+24	-3	+16
Mazedonien	-	+11	+7	+37
Albanien	+73	+62	+55	+49
Rußland	-34	-20	-14	-27
Weißrußland	-	-38	-40	-24
Ukraine	-	-13	-52	-36
Armenien	-	-37	-41	-40

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Central and Eastern Eurobarometer 2-5 (1991-1994); Wert ist Differenz der positiven Antworten („lot or a little better“) abzüglich der negativen Antworten („lot or a little worse“) zur Einschätzung der Entwicklung der eigenen finanziellen Lage im Aggregat der einzelnen Ländern.

alle in Osteuropa befragten Personen und zwischen $r = .29$ bis $r = .52$ in den einzelnen Nationen. Alternativ zur Verfügung stehende rückwärtig gerichtete Beurteilungen der finanziellen Lage deckten sich in der Tendenz ebenfalls mit diesen Ergebnissen.

¹² Die Situation unterscheidet sich nicht von den vorgestellten Staaten (-46 für Georgien/ -30 für Kazachstan bei der Einschätzung der zukünftigen finanziellen Situation 1994).

Herrscht bei den ostmitteleuropäischen Staaten eine leicht negative Erwartung in der Bevölkerung vor (Ausnahme Ungarn und Slowenien in beide Richtungen), so ist die aktuelle Lage in Rumänien, Mazedonien und Albanien erstaunlich positiv. In diesen Ländern muß freilich die sehr schlechte Ausgangsposition berücksichtigt werden: „Es kann nur besser werden“, scheint hier das Motto zu sein. Ein Rückgang der positiven Einschätzung der eigenen finanziellen Lage in Bulgarien und Albanien sowie Rumänien und Mazedonien bis 1993 zeugen auch hier von gewissen Frustrationseffekten mit dem bisherigen Verlauf der wirtschaftlichen Demokratisierung. In den ostmitteleuropäischen Staaten ist, abgesehen von Ungarn und Polen (1993 auf 1994), ein leichter Trend zu einer besseren Zukunftseinschätzung dieses Sektors in der Bevölkerung sichtbar. Dies erstaunt nicht, da gerade in diesen Ländern seit 1994 deutliche Verbesserungen der volkswirtschaftlichen Indikatoren festzustellen sind. Zusammen mit der negativen Bewertung der bisherigen Entwicklung ergibt dies eine starke Desillusionierung der ökonomischen Hoffnungen in den jungen Demokratien kurz nach dem Umbruch. Der Bürger sieht primär die Nachteile der „Demokratisierung“ in seinem Geldbeutel und setzt die subjektiv empfundene Verschlechterung der eigenen Lebenssituation auf die generelle Beurteilung der aktuellen Demokratie um. Die Verzahnung der beiden besprochenen Dimensionen der politischen Unterstützung in Osteuropa läßt erkennen, daß nicht nur auf der individuellen Ebene (interne Korrelationen), sondern auch auf der Makroebene eine enge Beziehung zwischen wirtschaftlicher Effektivität und politischer Legitimität besteht.¹³

Z.B. weisen die ökonomisch besser stehenden Nationen Estland, Lettland und Tschechien (geschätztes Wirtschaftswachstum 1995 ca. 5 %) eine konstant positive Entwicklung auf. Hier dürfte die starke Orientierung zu Westeuropa, erste sichtbare Transformationserfolge durch diese Beziehungen und die eigene Transformationspolitik maßgeblich sein. Ein gänzlich entgegengesetztes Bild zeigt sich in den postsowjetischen Staaten. Beide Komponenten der politischen Unterstützung sind seit 1991 ohne größere Veränderung konstant niedrig geblieben. Diese sehr schwache Verankerung des aktuellen politischen Systems, bzw. seine überdurchschnittlich schlechte Aufnahme durch die Bürger, ist dabei nicht nur in Hinsicht auf die Stabilisierung der Demokratie in diesen Staaten bedenklich, sondern weist auch auf die Notwendigkeit einer gezielten Unterstützung oder Öffnung Westeuropas zu diesen Staaten hin. Diese Nationen stehen nicht nur wirtschaftlich besonders stark unter Druck, sondern sind auch politisch derzeit am instabilsten. Neben diesen beiden recht eindeutigen Gruppen existieren noch verschiedene Variationen. Während Albanien und Slowenien, von einer positiven Beurteilung ausgehend, in den letzten Jahren einen leichten Rückgang zu

¹³ Die Zuordnungen in positiv (+) oder negativ (-) erfolgten in der Relation der osteuropäischen Staaten und sagen nicht unbedingt etwas über die absolute Bewertung der Situation als positiv oder negativ aus. Z.B. ist in Tschechien, welches mit ++ am besten in der Legitimität bewertet wird, die Gruppe der Personen, welche sich unzufrieden äußerten, immer noch deutlich größer als die Gruppe der Personen, die sich als zufrieden bezeichneten.

verzeichnen haben, ist Bulgarien mittlerweile an einem Tiefpunkt angekommen. Hier zeigt sich mit etwas steigenden Hoffnungen für die finanzielle Lage des eigenen Haushalts wiederum die Einstellung, daß es nicht mehr schlechter werden kann. In Ländern wie Ungarn und der Slowakei ist dagegen¹⁴ langfristig eine gewisse Erholung der Beurteilung der Effektivität des demokratischen politischen Systems zu erwarten. Möglicherweise ist gerade in diesen beiden Ländern, mit einer in den Augen der Bevölkerung relativ guten Ausgangslage, eine Enttäuschung über das Zurückbleiben hinter den eingangs des Transformationsprozesses aufgebauten Erwartungen zu überwinden.

Abbildung 1: Raster der politischen Unterstützung in Osteuropa

	<i>Stand</i> <i>Legitimität</i>	<i>Stand</i> <i>Effektivität</i>	<i>Entwicklung</i> <i>Legitimität</i>	<i>Entwicklung</i> <i>Effektivität</i>
Estland	+(+)	+	+	++
Lettland	/	/	∪	+
Litauen	+	-	--	/
Ungarn	-	---	-	∩∪
Tschechien	++	/	+	+
Slowakei	--	-	∩	++
Polen	-	-	∩	∩
Slowenien	+	++	-	-
Bulgarien	---	--	---	--
Rumänien	+	+	--	∪
Mazedonien	++	++	∩	+
Albanien	++	+++	-	---
Rußland	---	---	-	∩
Weißrußland	--	--	/	∩
Ukraine	--	---	/	∩
Armenien	--	---	--	/

Quelle: Eigene Überlegungen auf Basis der Central and Eastern Eurobarometer; Einteilung von +++ (besonders positive Situation oder Entwicklung) bis --- (besonders negative Situation oder Entwicklung mit / als ausgeglichene Situation oder gleichbleibende Entwicklung, ∪ U-förmiger Verlauf, ∩ Umgekehrt U-förmiger Verlauf.

¹⁴ Dies ist aufgrund der ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den baltischen Staaten und den weiteren ostmitteleuropäischen Nationen mit einem geschätztem Wirtschaftswachstum von 1-3% für 1995 zu erwarten.

5. Fazit und Ausblick

Deutet man die vorliegenden empirischen Resultate noch einmal kurz, so sind für die derzeitige Entwicklung zwei Hauptgründe hervorzuheben: einerseits die eher *schlechte Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit* und Wirtschaftslage in den osteuropäischen Staaten sowie der eigenen finanziellen Lage, welche den herrschenden Politikern angelastet wird (wirtschaftliche Effektivität), andererseits das Mißtrauen und die *Unzufriedenheit mit Politikern und Parteien als Repräsentanten des politischen Willens* (politische Legitimität und Effektivität). Dabei laufen nicht alle Entwicklungen gleich ab. So sind z.B. insbesondere in Tschechien und Estland positive Entwicklungstendenzen feststellbar, während die Situation in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR seit 1991 konstant schlecht ist. Insgesamt geben die vorgelegten Ergebnisse bereits ein recht aussagekräftiges Bild über die Einstellung der Bevölkerung zu ihrem politischen System ab. Zweifelsohne müssen für eine tiefergehende Analyse noch weitere Indikatoren berücksichtigt werden wie z.B. das Vertrauen in die Institutionen und die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen (vgl. **Juberias** 1994). Allerdings darf angemerkt werden, daß auch diese Betrachtungen bisher keine grundlegend anderen Resultate als die vorgestellten Ergebnisse erbrachten (vgl. **Seifert** und **Rose** 1994; **Plasser** und **Ullrich** 1993) und zu einem ähnlichen Bild wie dem hier dargestellten führen. Spezifische Analysen zu Gründen und Rahmenbedingungen dieser Prozesse müßten das hauptsächliche Ziel zukünftiger Überlegungen sein. Auch sollte versucht werden, Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Dimensionen besser herauszuarbeiten. Es wird deutlich, daß nur mit Hilfe einer komparativen Vorgehensweise die Entwicklung in Osteuropa richtig gedeutet werden kann. Diskrepanzen und auch Gemeinsamkeiten geben Aufschluß über die Verschiedenartigkeit der Kulturen, aber auch die erzwungene Parallelität des politischen Weges¹⁵. Die hier vorgestellten Überlegungen und empirischen Betrachtungen sollten ein Anreiz sein, diese Thematik ausführlicher zu untersuchen.

Literatur

Easton, David, 1979:

A System Analysis of Political Life. New York.

Gabriel, Oscar W., 1993:

Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen.

Gerlich, Peter; Plasser, Fritz.; Ullrich, Peter A., 1991:

Regimewechsel. Wien.

Gerner, Kristian; Hedlund, Stefan, 1993:

The Baltic States and the End of the Soviet Empire. London.

¹⁵ Hier muß insbesondere eine Zielstellung nahezu aller osteuropäischer Nationen, der Eintritt in die Europäische Union, genannt werden.

Huntington, Samuel P. 1991:

Democracy's Third Wave. *Journal of Democracy* Nr. 2, S. 12-34

Juberias, Carlos Flores, 1994:

Electoral Systems in Eastern Europe: How are they changing? Why are they changing? Paper presented at XVI World Congress of Political Science in Berlin.

Juchler, Jakob, 1994:

Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Zürich.

Lipset, Seymour M., 1981:

Political Man. The Sozial Bases of Politics. Baltimore.

Mattusch, Katrin, 1995:

Politische Kulturen - Chancen oder Hindernisse für eine demokratische Entwicklung in Osteuropa. Vortrag anlässlich des DGS Kongresses in Halle. April 1995.

Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter, 1996:

Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen.

O'Donnel, Guillermo; Schmitter, Philippe C. 1991:

Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusion about Uncertain Democracies. Baltimore.

Pickel, Gert; Pickel, Susanne, 1995:

Democratic Political Culture and Attitudes in Relation to European Integration in Central Eastern Europe. Paper anlässlich der Eurokonferenz: Costs and Benefits of Europeanization in Wien April 1995.

Pickel, Gert; Pickel Susanne, 1996:

Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit und im Wahlverhalten zwischen ost- und westeuropäischen Staaten. in: **Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W.**: Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Bern.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A., 1993:

Transformation oder Stagnation. Aktuelle politische Trends in Osteuropa. Wien.

Przeworski, Adam, 1991:

Democracy and the Market. Political and Economical Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge.

Seifert, Wolfgang; Rose, Richard, 1994:

Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Wissenschaftszentrum Berlin. Arbeitspapier P94-104.

Westle, Bettina, 1989:

Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden.